

Abstimmung im Aargau

Totale finanzielle Transparenz für Politiker

Erich Aschwanen, Aarau 9.9.2014,



Stadthaus in Baden. Wer hier arbeitet, soll künftig seine sämtlichen Einkünfte und sein Vermögen offenlegen müssen. (Bild: Keystone)

Wer für ein politisches Amt kandidiert, soll seine sämtlichen Einkünfte und sein Vermögen offenlegen müssen. So weit in Sachen Transparenz wie die Aargauer Jungsozialisten ging bisher noch niemand.

«Hosen runter» – auf diese zugegebene polemische Kurzformel lässt sich die Volksinitiative «für die Offenlegung der Politikfinanzierung» bringen, über die das Aargauer Stimmvolk am 28. September entscheidet. Doch übersteht das von den Jusos eingereichte Begehren tatsächlich die Abstimmung, müssen zukünftig alle Kandidierenden für sämtliche öffentlichen Ämter auf kantonaler Ebene und für Exekutiven und Legislativen in den Gemeinden ihr Einkommen und Vermögen bei der Anmeldung ihrer Kandidatur offenlegen.

Konsequent bis ganz unten

Über diesen finanziellen Offenbarungseid hinaus müssten die Interessenten für ein politisches Amt sämtliche Interessenbindungen öffentlich bekanntgeben. Wer gegen die Offenlegungspflichten verstösst, soll von der Wahl ausgeschlossen werden. Die zweite zentrale Forderung der Initiative lautet, dass alle Parteien, Komitees und Lobbyorganisationen, die sich an Abstimmungskämpfen und Wahlen beteiligen, ihre Finanzierung transparent machen müssen. Das erscheint angesichts der Entblössung der persönlichen Finanzverhältnisse geradezu selbstverständlich.

Der Aargauer Juso-Präsident Sascha Antenen will nicht gelten lassen, dass es sich um eine radikale Initiative handle: «Letztlich sind wir nur konsequent, wenn wir Transparenz bis auf die unterste politische Ebene fordern.» Er ist überzeugt, dass das Anliegen in weiten Bevölkerungskreisen auf Zustimmung stossen wird. Doch selbst in linken Kreisen lösen die weitgehenden Forderungen nicht uneingeschränkte Begeisterung aus. Bei der Behandlung im Grossen Rat enthielten sich einige SP-Parlamentarier der Stimme.

Angesichts des nahenden Urnengangs schliessen sich jedoch die Reihen. An einer gemeinsamen Medienkonferenz forderten SP, Grüne und Gewerkschaftsbund, dass der Kanton Aargau in Sachen Transparenz schweizweit eine Pionierrolle übernimmt.

Tatsächlich kennen gegenwärtig nur die Kantone Tessin und Genf in ihren Verfassungen verbindliche Normen, was die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen betrifft. Doch gehen diese Vorschriften deutlich weniger weit als die Regelungen, die nun im Aargau zur Diskussion stehen. Auch auf Bundesebene gibt es keine Bestimmungen in Sachen Transparenz.

In Baselland gescheitert

Nichts von mehr Transparenz auf dem politischen Parkett wollen denn auch die Regierung, die bürgerlichen Parteien sowie Wirtschaftsverbände wissen. Die Delegiertenversammlungen von SVP, FDP und CVP schickten die Volksinitiative jeweils einstimmig und ohne grosse Diskussion bachab. Der Grosse Rat hat den Juso-Vorschlag mit 98 zu 22 Stimmen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Den Bürgerlichen gehen die Forderungen von linker Seite viel zu weit. Sie befürchten, dass die ohnehin schon schwierige Kandidatensuche für kommunale und kantonale Ämter zusätzlich massiv erschwert wird.

Der Regierungsrat sieht zudem praktische Probleme bei der Umsetzung. So wären ein unverhältnismässig grosser Kontrollaufwand und teure Mechanismen nötig, um die vollständige Offenlegung der finanziellen Verhältnisse durchzusetzen. Neben den Kandidierenden müssten auch gewählte Amtsinhaber zum jährlichen Finanzcheck.

Einfach dürfte es das Volksbegehren an der Urne nicht haben. Diese Erfahrung mussten die Jungsozialisten aus Baselland im Juni 2013 machen. Das Stimmvolk lehnte eine wesentlich weniger weit gehende Transparenz-Initiative mit 56,8 Prozent Nein-Stimmen ab. Auch auf nationaler Ebene blieben bisher entsprechende Bemühungen erfolglos.

Der Aargau als Stimmungsbarometer

msc. · Die Abstimmung im Kanton Aargau über die Politikfinanzierung ist auch mit Blick auf die eidgenössische Ebene von Interesse. Zumindest wird das Resultat einen Hinweis darauf geben, ob die Bevölkerung die geltenden Freiheiten bei der Finanzierung von Parteien sowie Abstimmungs- und Wahlkampagnen als Problem wahrnimmt oder nicht.

Auf gesamteidgenössischer Ebene wird der Schweiz das Thema Parteienfinanzierung derzeit von aussen aufgezwungen, von der Staatengruppe Greco (Group d'états contre la corruption) des Europarats. Greco legt der Schweiz nahe, die Finanzierung der Parteien zu regeln. Momentan läuft ein sogenanntes Nichtkonformitätsverfahren. Bis Ende März 2015 muss der Bundesrat der Staatengruppe über das weitere Vorgehen Bericht erstatten. Die Forderungen von Greco gehen weniger weit als die Volksinitiative der Jungsozialisten im Kanton Aargau. Es gibt keine Sanktionsmöglichkeiten, sollte die Schweiz die Greco-Empfehlungen nicht umsetzen.

Justizministerin Simonetta Sommaruga hatte den Parteispitzen kürzlich an den Von-Wattenwyl-Gesprächen zwei Varianten vorgelegt: eine obligatorische Offenlegung der Rechnung der Parteien und eine freiwillige Offenlegung im bestehenden Parteienregister. Wenig überraschend biss die SP-Bundesrätin auf Granit – nur ihre Partei stimmte zu.

Überhaupt ist es an der Innenfront ziemlich ruhig geworden. Die SP evaluierte die Lancierung einer Volksinitiative, nach der Parteien Zuwendungen ab 10 000 Franken pro Jahr und Person hätten offenlegen müssen, ebenso Zuwendungen ab 10 000 Franken für Abstimmungskämpfe. Doch zuletzt entschied die Partei, ihren Wahlkampf 2015 mit einer familienpolitischen Initiative zu befeuern. Das Thema dürfte aber wieder aufkochen, immerhin verpflichtet die Sozialisten dazu ihr eigenes Parteiprogramm: Die SP will Parteien vollständig vom finanziellen Tropf des Staates abhängig machen.

Einen Dämpfer erhielten die Anhänger von mehr Transparenz, als die eidgenössische Volksinitiative «Für die Offenlegung der Politiker-Einkünfte (Transparenz-Initiative)» im Dezember 2012 mangels genügender Unterschriftenzahl gescheitert ist. Der SVP-Nationalrat Lukas Reimann gehörte damals, nicht zur Freude seiner Partei, zu den Kämpfern an vorderster Front. Wie er auf Anfrage sagt, will er nach den Wahlen 2015 wieder aktiv werden. Im Unterschied zur Linken fokussiert Reimann weiter auf die Einkünfte der Politiker und nicht auf die Parteienfinanzierung.

